



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 10

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 174. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 10. Mai 2023

Gerechte Antworten auf den Arbeitskräftebedarf – Ein arbeitsmarktpolitisches Offensivprogramm im Sinne der Arbeitnehmer:innen

Der sogenannte Arbeitskräftebedarf dominiert derzeit die wirtschaftspolitische Debatte in Österreich. Unternehmensvertreter:innen trommeln die Erzählung, dass ohne politische Maßnahmen zur Mobilisierung des Arbeitsangebots unser wirtschaftlicher Wohlstand in Gefahr ist. Gefordert werden mehr Druck auf Arbeitslose, steuerliche Begünstigungen für Überstunden oder die Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen beim Zuverdienst zur Pension. Arbeitsminister Kocher ging sogar so weit, geringere Sozialleistungen für Teilzeitbeschäftigte zu fordern, um das anschließend wieder zu relativieren.

Die BAK setzt sich seit jeher für eine leistungsgerechte Steuerstruktur ein, also für höhere Steuern auf Vermögen und niedrigere auf Arbeit. Die Teilzeit-Diskussion darf aber nicht für eine Schwächung der Steuerprogression (Umverteilung von kleinen zu großen Einkommen) missbraucht werden.

Ruf nach dem Markt verstummt, wenn die Beschäftigten im Vorteil sind

Allen Forderungen der Unternehmensseite ist gemein, dass man das Problem an die Allgemeinheit auslagern will. Die Verantwortung der Unternehmen mit höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen die Arbeitsanreize zu stärken, wird völlig ausgeblendet. Nach marktwirtschaftlicher Logik sollte eine hohe Nachfrage nach Arbeit zu steigenden Löhnen und Gehältern führen, damit mehr Menschen arbeiten bzw ihre Arbeitsstunden ausweiten, womit das Arbeitsangebot steigt und der Arbeitsmarkt wieder ins Gleichgewicht kommt. Die Realität ist natürlich komplexer, aber es ist bezeichnend, dass jene, die stets nach dem Markt rufen, davon nichts mehr wissen wollen, wenn es ihnen nicht zum Vorteil gereicht.

Wie die Unternehmen hat auch die öffentliche Hand ihren Beitrag zu leisten und gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehören: ganztägige und -jährige Kinderbetreuung, Ganztageseschulen, gute Pflegeangebote, guter öffentlicher Verkehr und auch (zum Teil) Aus- und Weiterbildung. Aber nicht alles kann über die öffentlichen Budgets gelöst und finanziert werden.

Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen

Die aktuelle Diskussion zeigt, wie wichtig die Beschäftigten für den wirtschaftlichen Wohlstand sind. Es braucht gerechte Lösungen, wo auch die Arbeitgeber:innen ihren Beitrag leisten müssen, um Arbeitskräfte zu gewinnen (gute Arbeitsbedingungen, angemessene Entlohnung). Tatsächlich haben die Unternehmen eine enorme Verantwortung. Die hohe Teilzeitquote in Österreich bspw hat wenig mit einer „Teilzeitfalle“ im Abgabensystem zu tun. Die Grenzabgabenbelastung bei der Ausweitung von Arbeitsstunden in Österreich liegt im EU-Schnitt. Viel größer ist die Rolle der Kinderbetreuung. Oft stecken Frauen beruflich zurück und reduzieren ihre Arbeitszeit, dürfen aber später nicht mehr aufstocken. Auch fehlt in vielen Betrieben die Akzeptanz dafür, dass sich die Väter stärker einbringen (und nicht jede gewünschte Überstunde übernehmen können).



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Ein entscheidender Faktor sind die Arbeitsbedingungen. Der Arbeitsklimaindex liegt auf dem niedrigsten Stand seit 1997. Vor allem in den Branchen, wo der Arbeitskräftebedarf am größten ist (Handel, Gastronomie, Tourismus und Pflege). In manchen Branchen werden nur Teilzeitjobs angeboten, weil man sich mit den niedrigeren Mehrarbeitszuschlägen, die nur 25% und nicht 50% wie bei Überstunden betragen, Geld sparen will.

Fokus muss auf Potenzialen bei Beschäftigten im Erwerbsalter liegen

Der Fokus bei der Mobilisierung des Arbeitsangebots muss auf den ungenutzten Potenzialen bei Personen im Erwerbsalter liegen: bei den teilzeitbeschäftigten Frauen, den vom Arbeitsmarkt Entmutigten („stille Reserve“) und den Arbeitslosen. Noch immer ist die Anzahl der Arbeitslosen mehr als doppelt so hoch wie die Anzahl der offenen Stellen. Arbeitssuchende mit Sanktionen und Negativanreizen möglichst schnell in Beschäftigung zu bringen, unabhängig von der Qualität der Arbeitsplätze, ist nicht sinnvoll. Ebenso wenig wie jene Menschen, die bereits Vollzeit arbeiten, in Überstunden zu drängen. Das läuft nicht nur den Arbeitszeitwünschen der Beschäftigten zuwider, sondern schwächt auch ihre Produktivität, ihre Gesundheit und die Möglichkeit, die Kinderbetreuung und Hausarbeit in der Familie gerechter zu verteilen.

Bei den Älteren liegt das Potenzial vor dem Pensionsantritt, wo viele aus der Arbeitslosigkeit oder dem Regalgeld in die Pension starten, nicht danach. Besonders die Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen in den nächsten 10 Jahren stellt eine besondere Herausforderung für den Arbeitsmarkt dar. Hier gilt es die Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein gesundes Arbeiten bis zum Pensionsantritt ermöglichen. Steuer- oder SV-rechtliche Begünstigungen für Zuverdienst in der Pension dagegen setzen den falschen Anreiz möglichst früh in Pension zu gehen, um von den Begünstigungen profitieren zu können.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert ein arbeitsmarktpolitisches Offensivprogramm im Sinne der Arbeitnehmer:innen, das auf folgenden Eckpunkten aufbauen muss:

- **Keine Sozialkürzungen oder Steuererhöhungen für Teilzeitbeschäftigte bzw. Niedrigverdiener:innen im Allgemeinen.**
- **Ausbau von öffentlichen Betreuungsangeboten wie Kinderbetreuung (inklusive Rechtsanspruch), Pflege und Ganztagschulen.**
- **50% Mehrarbeitszuschlag ab der 1. Stunde und komplette Streichung der „Deckelung“.**
- **Valorisierung der steuerlichen Begünstigung für die ersten 10 Überstunden auf € 118 pro Monat; Öffnung der Regelung für Mehrarbeitszuschläge.**
- **Erwerbsinaktive Frauen als arbeitsmarktpolitische Zielgruppe aktiv ansprechen.**
- **Recht auf berufliche Umqualifizierung für Beschäftigte und Arbeitssuchende nach dem AK-Modell eines Qualifizierungsgeldes (inklusive Qualifizierungsberatung und ausreichende Existenzsicherung).**
- **Bessere Betreuung für Arbeitslose, mehr Personal und Budget für das AMS.**
- **Abschaffung der Pensionsaliquotierung, die derzeit einen Anreiz für einen möglichst frühen Pensionsantritt bewirkt.**



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

- **Altersgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen inklusive selbstbestimmter Arbeitszeiten und gesundheitlicher Prävention, damit die Menschen wirklich bis zum Pensionsalter (voll) erwerbsfähig bleiben können.**
- **Diskriminierung von Älteren und Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt verhindern, vor allem bei Bewerbungen.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich